

KOLUMNE zur Masseneinwanderungs-Initiative und zu einem prüfenswerten Referendum

Frühlingserwachen im Tessin

In Bern hat die Frühjahrssession begonnen. Der Ständerat berät gerade heute eine Interpellation Minder über die MEI, die «(Nicht-)Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative». Die MEI war eine Provokation ihrer Urheberin, der SVP. Etwas Ähnliches wie eine Zeitbombe mit feuchter Zündschnur. Die Partei rechnete mit ihrer Ablehnung, weil die Initiative gar nicht umsetzbar war. Und sie ist es ja bis heute nicht, wie das Programm des Ständerats zeigt.

Dummerweise kam es am 9. Februar 2014 dennoch zur Explosion. Bei einer Stimmbeteiligung von 56 Prozent wurde die Initiative hauchdünn, mit 50,3 Prozent Ja-Stimmen, angenommen. Ohne Begeisterung erklärte Bundesrätin Simonetta Sommaruga: «Wir werden den Entscheid jetzt umsetzen.» Das «jetzt» erwies sich bald als dehnbar. Schon vier Tage später stellte EU-Präsident José Manuel Barroso klar: «Pacta sunt servanda.» Die Schweiz werde sich an die bilateralen Verträge mit der EU halten müssen. Denn Ausländerkontingente und Höchstzahlen sind mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen unvereinbar. Der Staatssekretär, Yves Rossier, bemühte sich redlich und ergebnislos in Brüssel.

Die SVP gab sich entsetzt. SVP-Präsident Toni Brunner sagte, wenn der Bundesrat mit einem Nein aus Brüssel zurückkehre, werde man den Volksentscheid vom 9. Februar rückgängig machen. Diese Idee übernahmen ein paar beherzte Bürgerinnen und Bürger und reichten am 27. Oktober 2015 die Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse (Rasa-Initiative)» ein. Der Initiativtext lautet: «Art. 121a und 197 Ziff. II: Aufgehoben.»

Die SVP empfand es als «Zwängerei». Weder Bundesrat noch Parlament ergriffen die Chance, die Rasa-Initiative sofort zur Abstimmung zu bringen. Stattdessen wurde emsig weiter über die Umsetzung der MEI beraten. Noch im letzten Frühling sprach der Bundesrat zögerlich von einer einseitigen Schutzklausel, für Brüssel ohnehin ein «No-Go». Dort schienen inzwischen mit dem Brexit annähernd tektonische Verschiebungen in Gang gekommen zu sein. Ende 2016 verabschiedete das Parlament zwar kein wortgetreues Ausführungsgesetz, aber immerhin eine Lösung in der Not, die den freien Personenverkehr mit der EU nicht gefährden sollte.



OSWALD SIGG
EHEMALIGER BUNDESRATSPRECHER

Oswald Sigg war bis 2009 Vizekanzler der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Bundesratsprecher. Zuvor war er Journalist, unter anderem Chefredaktor der Schweizerischen Depechenagentur, anschließend Informationschef mehrerer Departemente.

DIE KOLUMNISTEN
AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT

KATJA GENTINETTA, POLITIKPHILOSOPHIN UND -BERATERIN
MARKUS GISLER, WIRTSCHAFTSPUBLIZIST
GEORG KREIS, EMERITIERTER PROFESSOR FÜR GESCHICHTE
PETER V. KUNZ, PROFESSOR FÜR WIRTSCHAFTSRECHT
ESTHER GIRSBERGER, PUBLIZISTIN UND MODERATORIN
OSWALD SIGG, EHEMALIGER BUNDESRATSPRECHER
THOMAS STRAUBHAAR, ÖKONOM UND MIGRATIONSFORSCHER
CHRISTIAN WANNER, EHEM. SOLOTHURNER FINANZDIREKTOR
HANS FAHRLÄNDER, PUBLIZIST UND EHEMALIGER CHEFREDAKTOR

Die SVP schäumte: «Verfassungsbruch», «Staatsstreich» und: «Wir werden hier verarscht» oder «Das Volk wird verseckelt», riefen ihre Vertreter in und ausserhalb des Bundeshauses.

Der Bundesrat versuchte zu beruhigen. Er präsentierte zwei Varianten eines direkten Gegenvorschlags zur Rasa-Initiative. Jetzt tritt auf einmal ein Bürger namens Nenad Stojanovic, wohnhaft in Gandria TI, auf den Plan. Er ergreift das Referendum für das Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer, Änderung vom 16. Dezember 2016 (Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen beim Freizügigkeitsabkommen). Der Tessiner Stojanovic sagt sich, wenn dieses Bundesgesetz in der Abstimmung angenommen wird, ist das Problem vom Tisch. Warum? Weil das Volk das letzte Wort hätte, statt die Parteien.

Das Volk steht selbst über der Volkspartei. Fertig mit Staatsstreich, Verfassungsbruch und so weiter. Denn ein angenommenes - oder auch ein abgelehntes - Ausführungsgesetz würde eine klare Ausgangslage für Gespräche mit Brüssel schaffen. Gut: Europa hat derzeit andere Sorgen als die schweizerischen. Doch nun geht plötzlich fast das ganze politische Personal auf Distanz zu diesem mutigen Bürger, der mit seinem Referendum keine Bombe zünden, sondern die direkte Demokratie zum Blühen bringen will. Für die Fraktionschefs von SVP («undemokratisch und hinterhältig») und SP («absurd») ist dieses Referendum widersinnig und unvernünftig. Staatsrechtsexperten und Politologen ergehen sich in semantischen Belehrungen über den Unterschied zwischen Referendum und Plebiszit. Dabei verhindern gerade die Bundesratsparteien seit Jahren die Reform der direkten Demokratie und damit eine Totalrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte.

Es gälte vorab zu verhindern, dass nicht umsetzbare Volksinitiativen zur Abstimmung gelangen. Stattdessen hält man lieber den Zeigefinger auf Nenad Stojanovic gerichtet. Der demonstriert mit seinem Ergreifen eines politischen Rechts die Heuchelei der Bundesratsparteien. Es ist ihm ein Frühlingserwachen zu gönnen: möglichst viele Unterschriften bei sonnig-freudlichem Wetter. Die Referendumsfrist läuft am 7. April 2017 ab.

KOMMENTAR

Zeit für ruhigere Töne am Mutschellen

Kein Politiker im Aargau, wohl kaum einer im ganzen Land, polarisiert wie Andreas Glarner. Die einen verehren, die anderen verachten ihn. Das war schon immer so, aber seit seinem Aufstieg zum Nationalrat und Asylchef der SVP Schweiz hat sich das noch akzentuiert. Einer vom Schlag Andreas Glarner garantiert für fette Schlagzeilen. Ob es dabei Schimpf und Schande oder Applaus absetzt, ist eigentlich gar nicht so wichtig - Hauptsache Aufmerksamkeit.



von Urs Moser

SVP-Nationalrat Andreas Glarner gibt das Ammannamt in Oberwil-Lieli ab.

Das mag funktionieren, um die Politkarriere auf nationaler Ebene in Schwung zu halten. Von einem Gemeindeammann würde man aber vielleicht manchmal etwas leisere Töne, etwas mehr integrierendes Wirken statt Dauerkonfrontation erwarten.

Natürlich sind zwölf Jahre in diesem Amt ohnehin eine respektable Zeit, und natürlich kann auch ein Andreas Glarner sich nicht teilen: Eine eigene Firma und eine Gemeinde führen und auf nationaler Ebene Politik an vorderster Front machen, das geht an die Substanz. Aber es wird nicht die Belastung allein sein, Glarner wird wohl auch gespürt haben, dass man in ihm im eigenen Dorf allmählich eine Hypothek sehen könnte. Nicht nur, weil sich die von ihm verhöhten Gutmenschen hier zunehmend ausgegrenzt fühlen. Auch die in Oberwil-Lieli umworbenen Millionäre schätzen in der Regel eher die Unauffälligkeit und sehen ihren Wohnort kaum gern ständig in den Negativ-Schlagzeilen.

Man kann gegen Andreas Glarner haben, was man will: Mit seinem Abschied aus der Lokalpolitik nimmt er die Kurve zur richtigen Zeit.

@ urs.moser@azmedien.ch

POLEMIK

**Zu vermieten:
Hohlraum im Kasten**

Für gewöhnlich liegen meine Pullis und Shirts gefaltet im Kasten. Dann hat ein Langarmshirt noch rund 34 cm Länge und 20 cm Breite. Bei Pullovern mag es etwas mehr sein. Aber egal: Auf's Tablar im Kasten passen nebeneinander zwei Stapel Kleider und der Raum dahinter ist verloren. Denn das Innenleben von Kästen hat die sture Grösse von ca. 50 cm Breite und 56 cm Tiefe. Wer hat denn das erfunden? So viele alte Kleider, die man nie mehr anzieht und doch nicht wegwerfen will, hat man doch nicht, um den Leerraum hinter den beiden Kleiderstapeln zu stopfen. Oder was machen Sie mit den zirka 22x50 Zentimeter Platz in der Dunkelheit des Kastens? Liebesbriefe archivieren? Sexspielzeug? All die aus Hotels mitgenommenen Shampoo-müsterchen? Die Kasten-Hersteller halten an der idiotischen tiefen Tiefe fest. Und das nur, damit im Kastenabteil daneben breit geschnittene Wintermäntel an der Kleiderstange nicht quer hängen. Und so liege ich jetzt nachts wach und studiere, wie ich meine Kleider im neuen Kasten platzfüllend zusammenlegen könnte. Vielleicht schreibe ich den Platz auch auf Airbnb aus.

♦ Sabine Kuster

Was ist Ihre Meinung?

Diskutieren Sie online mit.
Stichwort Polemik.



ANSICHTSSACHE von Max Dohner

Der Wandel erfolgt langsam. Auf den ersten Blick scheint zwar nichts verändert im Sambodrome von Rio de Janeiro, trotz des Unglücks am Wochenende, als ein Karnevalswagen in die Zuschauer fuhr, was acht Verletzte forderte. Aber Bilder wie dieses werden selten. Nun kann man von Aarau aus schlecht beurteilen, woran das liegt: Werden die Fotografen auf politische Korrektheit eingeschworen, also

angewiesen, weniger nackte Haut zu zeigen? Oder knipsen die weiter wild, während die Agentur sorgfältiger auswählt? Tatsache ist, dass die Sambat Schulen in Brasilien selber vermehrt kritisiert wurden, ihre Darbietungen würden zu anstössig. Mag sein, dass sich alle inzwischen zurückhalten. Darum lassen wir mit dieser Paarszene 2017 bloss noch keusche Nostalgie walten.

FOTO: ANTONIO LACERDA/KEY